

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daweke, Graf von Waldburg-Zeil, Nelle, Schemken, Rossmann, Strube, Frau Rönsch, Frau Dr. Wisniewski, Frau Männle und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Neuhausen, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Dr. Weng, Beckmann, Cronenberg (Arnsberg), Frau Seiler-Albring, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Eimer (Fürth) und der Fraktion der FDP
— Drucksache 10/2108 —

Ausbildungsleistungen im Bereich des Bundes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft – Kab/Parl – III A 1 – 0103-3-33/84 – hat mit Schreiben vom 24. Oktober 1984 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Der Rückgang der Ausbildungsleistung des Bundes in den Jahren 1981 und 1982, der auf den Beschlüssen der vorigen Bundesregierung beruhte, hat sich 1983 nicht weiter fortgesetzt; das Jahr 1984 weist wieder eine aufsteigende Tendenz aus.

Nach etwa gleichbleibender Zahl bei den Neueinstellungen des Bundes in den Jahren 1982 und 1983 (27 429 bzw. 27 438) ist für das Jahr 1984 ein deutlicher Anstieg der Ausbildungsangebote zu verzeichnen. Die Zahl der Ausbildungsangebote stieg gegenüber 1983 um rd. 7,5 % auf 29 544 im Jahre 1984. Insgesamt werden im Bereich des Bundes rd. 82 000 Jugendliche ausgebildet. Rechnet man die Anzahl der Auszubildenden in Industriebetrieben mit maßgeblicher Bundesbeteiligung hinzu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von rd. 102 000 Auszubildenden.

Diese Entwicklung zeigt, daß die jetzige Bundesregierung nicht nur an die Wirtschaft appelliert, ihre Ausbildungsleistungen zu erhöhen, sondern in ihrem Verantwortungsbereich entsprechend handelt.

Im übrigen beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie haben sich seit 1977 die Ausbildungsleistungen im Geschäftsbereich der Bundesministerien – getrennt nach Ausbildungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse und Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz – entwickelt, und wie sind die Zahlen für 1984?

Die Ausbildungsleistung des Bundes – das sind Neueinstellungen für Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz, für Laufbahnausbildungen des einfachen und mittleren Dienstes sowie für vergleichbare Angestelltenausbildungen und sonstige Ausbildungsgänge – hat sich in dem genannten Zeitraum wie folgt entwickelt:

Neueinstellungen von Auszubildenden des Bundes

	Ist 1977	Ist 1978	Ist 1979	Ist 1980	Ist 1981	Ist 1982	Ist 1983	Soll 1984
BBiG-Berufe	10 537	14 933	16 149	15 771	16 356	18 313	19 616	21 875
öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse und Sonstige	10 412	12 874	13 444	17 260	15 611	9 116	7 822	7 669
Insgesamt	20 949	27 807	29 593	33 031	31 967	27 429	27 438	29 544

Die Ausbildungsangebote 1984 liegen um 2 106 über den Neueinstellungen des Jahres 1983, das sind rd. 7,5 % mehr als im Vorjahr.

Die Ausbildungsleistung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz hat sich seit ihrer Erhebung verdoppelt; bei öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen und Sonstigen ist die Ausbildungsleistung nach dem Höchststand in den Jahren 1980 bis 1982 infolge der haushaltsbedingten Stellenkürzungen stark zurückgegangen.

2. Welche Maßnahmen mit welchem quantifizierbaren Erfolg hat die Bundesregierung beschlossen, um der Forderung u. a. des Deutschen Bundestages nachzukommen, trotz der schwierigen Haushaltssituation in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen und sicherzustellen, daß Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht zuerst zu einer Verringerung von Ausbildungsplätzen führen?

Die Bundesregierung hat durch entsprechende Kabinettsbeschlüsse bewirkt, daß alle in Bundeseinrichtungen verfügbaren Ausbildungsplätze besetzt und die Ausbildungsleistung des Bundes nach Möglichkeit noch erhöht wurde, notfalls – wie im Falle der Deutschen Bundesbahn – durch gesonderte Kostenübernahme durch den Bund. Post, Bahn und Bundeswehr haben besonderen Anteil an der Steigerung der Ausbildungsplatzangebote des Bundes im Jahre 1984. Aber auch die anderen Ressortbereiche, Forschungseinrichtungen und Sozialversicherungsträger haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit dazu beigetragen,

daß insbesondere in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz, die auch außerhalb des öffentlichen Dienstes gute Arbeitsmarktchancen bieten, jährlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden konnten. Der Anteil der Ausbildung über Eigenbedarf erhöhte sich ständig und wird in diesem Jahr rd. ein Drittel der Gesamtausbildung erreichen. Insgesamt werden in den Behörden, Betrieben, Forschungsstätten und Einrichtungen des Bundes gegenwärtig rd. 82 000 Jugendliche in einer Vielzahl von Berufen ausgebildet; der Bund wendet hierfür rd. 1,6 Mrd. DM jährlich auf.

3. Wie hat sich das Angebot an Ausbildungsplätzen bei der Deutschen Bundespost und bei der Deutschen Bundesbahn von 1977 bis 1984 entwickelt?

Neueinstellungen von Auszubildenden bei Bundespost und der Bundesbahn

		Ist 1977 *)	Ist 1978 *)	Ist 1979	Ist 1980	Ist 1981	Ist 1982	Ist 1983	Soll 1984
Post	a)	4 191	8 289	8 418	8 262	8 822	9 133	10 034	10 908
	b)	6 049	7 344	6 221	7 727	8 028	3 336	3 451	3 960
		<u>10 240</u>	<u>15 633</u>	<u>14 639</u>	<u>15 989</u>	<u>16 850</u>	<u>12 469</u>	<u>13 485</u>	<u>14 868</u>
Bahn	a)	3 157	3 058	3 934	3 623	3 599	4 137	3 588	4 750
	b)	617	1 178	968	3 537	2 468	1 567	620	143
		<u>3 774</u>	<u>4 236</u>	<u>4 902</u>	<u>7 160</u>	<u>6 067</u>	<u>5 704</u>	<u>4 208</u>	<u>4 893</u>

a) = Ausbildung gemäß Berufsbildungsgesetz

b) = Ausbildung von Beamten (ausgenommen höherer und ab 1979 gehobener Dienst) und Sonstige (z. B. Praktikanten, Volontäre)

*) = einschließlich gehobener Dienst

Auch bei der Bundespost und bei der Bundesbahn konnte der nach 1980 beginnende Rückgang des Ausbildungsangebots bei Laufbahnausbildungen für Beamte des einfachen und mittleren Dienstes sowie bei den sonstigen Ausbildungsarten, der auf Beschlüssen der früheren Bundesregierung beruhte und sich insbesondere in den Jahren 1982 und 1983 auswirkte, seither zum Teil durch die über den Eigenbedarf hinausgehenden Steigerungen der Ausbildungsleistung für Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz ausgeglichen werden.

4. Wie hat sich die Ausbildungsleistung bei den Industrieunternehmen, an denen eine unmittelbare Bundesbeteiligung besteht, im gleichen Zeitraum entwickelt?

Die Zahl der Neueinstellungen für Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung sowie der Praktikanten/Volontäre der Industrieunternehmen, an denen der Bund beteiligt ist – mit Mehrheit an Salzgitter AG, VIAG, Saarbergwerke AG, IVG; minderheitlich an VEBA und Volkswagenwerk AG –, hat seit 1977 um 75,7 v. H. zugenommen. Für die einzelnen Jahre ergibt sich folgende Entwicklung:

Jahr	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Anzahl	5 111	6 053	6 489	7 209	8 136	8 298	8 981
Veränderung gegen- über Vorjahr in v. H.		+ 18,4	+ 7,2	+ 11,1	+ 12,1	+ 2,0	+ 8,2

Von 1973 bis 1983 hat sich die Gesamtzahl aller Auszubildenden von 9 906 auf 19 741 um rd. 100 % erhöht. Zahlen für 1984 liegen noch nicht vor.

5. Welche Probleme und Möglichkeiten sieht die Bundesregierung hinsichtlich der vollen Mobilisierung der Ausbildungskapazitäten im Bereich des Bundes im Hinblick auf das kommende Jahr?

Die Ausbildungsmöglichkeiten bei Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz stoßen in einigen Bereichen an Kapazitätsgrenzen. Die Ausbildung in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen muß sich wegen der auf die Belange der Bundesverwaltung ausgerichteten Ausbildungsstruktur und der darauf beruhenden mangelnden Verwertbarkeit der erworbenen Berufsbefähigungen außerhalb des öffentlichen Dienstes ausschließlich am Bedarf orientieren. Haushaltsmäßige Kürzungen der Beamtenplanstellen müssen deshalb auch zu Reduzierungen bei der Laufbahnausbildung führen. Der Bund hat deshalb, um weiterhin seinen Beitrag zur Lösung des Ausbildungsplatzproblems für Schulabgänger leisten zu können, die Ausbildungskapazitäten nach dem Berufsbildungsgesetz in seinem Bereich erheblich ausgeweitet und zum Teil überlastet. Inzwischen übersteigt die Ausbildungsleistung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz den Nachwuchsbedarf um rund ein Drittel. Diese Ausbildung über den Eigenbedarf hinaus stellt die Dienststellen vor Ort vor Probleme, weil an den öffentlichen Dienst in der Frage der Übernahme ausgebildeter Kräfte andere Maßstäbe angelegt werden als an die Betriebe der Wirtschaft.

Eine Sicherung des in diesem Jahr erreichten hohen Ausbildungsniveaus wird trotz der teilweise bereits überlasteten Ausbildungskapazitäten möglich sein. Bei den Laufbahnausbildungen muß sich die Zahl der Anwärter nach dem Ersatzbedarf richten.